

TOP: 21

**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

**Federführendes Amt** :Hauptamt

Datum

10.10.2016

Drucksache-Nr.:01-80-2016

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	03.11.2016					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Zulässigkeit von Tonaufzeichnungen**

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt, dass zur Erleichterung der Fertigung der Sitzungsniederschrift und der Protokollkontrolle durch die Abgeordneten, Ausschuss- und Ortsbeiratsmitglieder, generell Tonaufzeichnungen bei jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse und Ortsbeiräte durchgeführt werden. Die Tonaufnahme ist nach der Bestätigung des jeweiligen Protokolls zu löschen.

**Beratungsergebnis:**

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :UWG / LGU-Fraktion

.....  
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

**Problembeschreibung/Begründung**

Die Protokolle der letzten Stadtverordnetenversammlungen wurden den Abgeordneten nicht fristgerecht vorgelegt. Je länger die Sitzungen her sind, desto schwieriger wird es, den Inhalt und die zeitliche Abfolge der Geschehnisse und des Gesprochenen zu verifizieren. Protokolle sind jedoch sehr wichtige Dokumente, denn nur das dort Dokumentierte ist das was am Ende bleibt.

Da laut § 36 Abs. 3 Satz 3 BbgKVerf Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen nur zulässig sind, wenn alle anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung zustimmen, soll mit diesem Beschluss die generelle Zulässigkeit von Tonaufzeichnungen zur Erleichterung der Fertigung der Sitzungsniederschrift und Protokollkontrolle erreicht werden. Im Anschluss der Bestätigung der jeweiligen Protokolle sind die Tonaufzeichnungen zu löschen.

gez. Arthur Förster

Fraktionsvorsitzender UWG/LGU

.....

.....